

„Fairness-Abkommen“ zur Knebelung der Opposition?

Keinen Verzicht auf schmutzige Wahlkampftricks und keine Wahlkampfkostenbegrenzung wollte Niederösterreichs ÖVP im „Fairnes-Abkommen“ zur Landtagswahl, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann Udo Landbauer: „Die ÖVP wollte nur die Opposition zum Verstummen bringen.“ [S. 13](#)



Foto: FPÖ Niederösterreich

FPÖ-Abrechnung mit gescheiterter Koalition

Trotz Asyl-Chaos und Teuerungsexplosion 17.000 Euro mehr für den ÖVP-Kanzler [S. 2/3](#)



Rechnungshofbericht: Miliz wurde ausgehungert

Freiheitliche fordern verfassungskonforme Ausstattung von Heer und Miliz – [S. 4/5](#)

PARLAMENT

Verheimlichte Zahlen

In der Beantwortung freiheitlicher Anfragen hat der ÖVP-Innenminister die Zahlen der Kriminalstatistik verschwiegen. Ein Zeitungsbericht bestätigt nun die schlimmsten Befürchtungen der FPÖ zum aktuellen Stand der Ausländerkriminalität. [S. 7](#)

AUSSENPOLITIK

Putschende Rentner?

Zum zweiten Mal in diesem Jahr gab es eine Razzia gegen die sogenannten „Reichsbürger“ in Deutschland. Unter den verhafteten Pensionisten waren auch ehemalige Beamte. Deshalb will die SPD-Innenministerin den Sicherheitsapparat „säubern“. [S. 8/9](#)

WIEN

Chaos und Millionen

Während die rot-pinke Koalition das Chaos im Bildungsbereich munter ausweitet, werden die roten Volkshochschulen mit Millionen „beworfen“. Dabei hat der Stadtrechnungshof deren skandalöse Finanzgebarung bereits im Vorjahr zerpfückt. [S. 11](#)

MEDIEN

2023 wird noch teurer

Während die Medien langsam die heurige Teuerungswelle aufarbeiten, hat ein Online-Preisvergleichsportaal bereits einen Blick auf „Angebote“ des Jahres 2023 geworfen. Eine Durchschnittsfamilie muss bei den Fixausgaben mit 3.000 Euro mehr rechnen. [S. 14](#)



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Wer Karl Nehammers Lob für die FPÖ zu ihren Themen in der „Aktuellen Stunde“ am Dienstag verstehen will, braucht nur einen Blick auf die Umfragen werfen. Da liegt die ÖVP auf jenem Niveau, das den Putsch von Kurz & Co ermöglichte.

Nur wenn der ÖVP-Kanzler glaubt, dass der blaue Umfrageerfolg nur den Themen Asylkrise und Teuerung geschuldet ist, aber nicht deren Lösungsvorschlägen, dann wird sich an der Meinung der Wähler wohl nichts ändern.

Gleich und gleicher

Seine Erklärung, dass Russland die EU zu den mit nur „einer Hirnhälfte“ (Copyright WKÖ-Chef Mahrer) erdachten Sanktionen genötigt habe, lässt nichts derartiges erwarten. Dass die Grünen hinter den Sanktionen stehen und gar nicht genug davon bekommen können, um ihre „Energiewende zur Klimaretung“ voranzutreiben, ist klar. Aber, dass das auch Nehammers Fußvolk im Klub zelebriert, wird die Wirtschaftstreibenden und die Bürger wohl kaum in den Schoß der ÖVP zurücktreiben.

Und zur Lösung der Asylkrise wird – von allen bis auf die FPÖ – die EU auf die tibetanische Gebetsmühle gespannt: Brüssel ist ihr Prophet, in einträchtiger Solidarität Masseneinwanderung und Teuerung zu erleiden, ihre Heilsbotschaft.

Der Wille des Volkes? Interessiert nicht. Wer sich dessen trotzdem annimmt, wie Viktor Orbán, den trifft der Bannstrahl der moralischen Übermenschen.

Apropos Brüssel: Die EU-Kommission hat den Wolfs-Schutz überdacht, nachdem einer das Lieblingspony der Kommissionpräsidentin gerissen hat. Die tausenden Schafe der Landwirte vorher zählten nicht.

Jaja, alle sind gleich, aber einige doch gleicher.

Zahnlos beim Asyl, gescheit

Schwarz-grüne Koalition setzte ihre Chaos-Politik zu Corona auch heuer

Auch die Jahresbilanz 2022 der schwarz-grünen Koalition ist vom Versagen zu aktuellen Problemen geprägt. Asyl- wie Teuerungskrise wurden von der Koalition befeuert, statt sie zu bekämpfen, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl: „Und dafür genehmigen Sie sich auch noch eine Gehaltserhöhung? Schämen Sie sich!“

Die aktuelle Völkerwanderung, die damit verbundene negative Sonderstellung Österreichs und die Teuerungswelle bildeten den Schwerpunkt der von der FPÖ initiierten „Aktuellen Stunde“ im Nationalrat am Dienstag.

Ihre Fortsetzung in außerparlamentarischer Form ist für Freitag in Kindberg geplant, wo Herbert Kickl und die steirische FPÖ den Protest der Bevölkerung gegen das geplante Großquartier in Kindberg unterstützen werden. Kickl: „Wir als Freiheitliche sind solidarisch mit den Menschen, denen dieses Asylquartier gegen ihren Willen aufgedrückt wird. Dies ist eine Notwehrmaßnahme, die wir unterstützen. Und ich werde den Menschen in Kindberg eine weitere Botschaft überbringen: Wir als FPÖ werden – wenn wir die nächste Wahl gewinnen und den Regierungschef stellen – das Asylheim in Kindberg schließen. Das ist ein Versprechen. Und ich bin dafür bekannt, dass ich Versprechen einhalte.“

FPÖ fordert „Asylstopp jetzt!“

Ganz im Gegensatz zur ÖVP, deren versprochener „harter Kurs“ in der Asylpolitik einen neuen Rekord an Asylanträgen gebracht hat: 103.600 Asylanträge wurden in die-

sem Jahr in Österreich gestellt. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl sind das sechsmal mehr als in Deutschland, zeigte Kickl auf. „Da sieht man, dass etwas nicht stimmt. Österreich stellt zwei Prozent der EU-Gesamtbevölkerung, hat aber 13,2 Prozent der Asylanträge EU-weit zu ertragen. Das ist keine Schiefelage mehr, das ist ein asylpolitischer Totalschaden, weil Österreich ausschließlich von sicheren Ländern umgeben ist“, erklärte der FPÖ-Bundesparteiobmann.

Großzügige Sozialleistungen, ein „Klimabonus“ nach sechs Monaten Aufenthalt in Österreich und Mindestsicherung sind die Faktoren, die illegale Einwanderer nach Österreich locken. Das ist das Ergebnis des Versagens der ÖVP und der falschen Toleranz der linken Träumer. „Sie sind die nützlichen Idioten der Schlepper. Illegale Migranten so zu behandeln wie Österreicher, ist, wie einen Einbrecher als Familienmitglied aufzunehmen, nur weil er plötzlich im Haus ist“, kritisierte Kickl die Unterstützung von Grünen, SPÖ und Neos für diese Asylpolitik.

Die Freiheitlichen brachten daher einen Antrag mit drei zentralen Themen ein: Sofortiger Asylstopp und Schaffung von Ausreisezentren, Sachleistungen statt Geldleis-



Statt Verantwortung für Österreich zu übernehmen, wurde das Land gunglos dem EU-Diktat unterworfen,

tungen sowie keine Integration von Asylwerbern in den Arbeitsmarkt. „Wir beantragen damit nur das, was SPÖ und ÖVP im Jahr 2016 selbst versprochen haben – nämlich eine Obergrenze von 37.500 Asylanträgen pro Jahr“, erinnerte Kickl ÖVP und SPÖ an ihre Regierungsbeschlüsse.

Schluss mit falschen Sanktionen!

Ein Asylstopp verstoße auch nicht gegen EU-Recht, betonte Kickl, sondern sei nur die konsequente Anwendung der Dublin-Regelung. Die besage nämlich, dass jenes EU-



SPITZE FEDER Karners Schengen-Verzweigungstat.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: BKAUATWW
IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

tert bei Teuerung!

in der Asyl- und Teuerungskrise fort



übernehmen, hätten sich ÖVP und Grüne bei Asyl und Teuerung bedingungslos übergeben. Kickl kritisierte das Ergebnis: Asyl-Chaos und Preisexplosion.

Land, in dem ein Flüchtling zuerst europäischen Boden betreten habe, für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig sei. „Wir helfen mit unserem Antrag der Regierung, europäisches Recht einzuhalten“, erklärte der FPÖ-Bundesparteiobmann in Richtung ÖVP und Grüne.

Ein weiterer FPÖ-Antrag betrifft die Teuerung und hat den Ausstieg aus den Russland-Sanktionen zum Inhalt. Denn die explosive Phase kommt erst mit dem nun in Kraft gesetzten Öl-Embargo gegen Russland, das auch Heizöl und Diesel betreffe. „Österreich importiert

sechzig Prozent seines Diesel-Bedarfs, hat sich aber, anders als Ungarn oder Tschechien, nicht das Sonderrecht ausverhandelt, diese Produkte weiter zu importieren“, erklärte Kickl.

Eine zahnlose Asylpolitik und eine gescheiterte Teuerungspolitik, dafür erhöhe sich die Koalition das Gehalt? Die FPÖ hat daher den Antrag auf eine Null-Lohnrunde für Spitzenpolitiker und Spitzenbeamte eingebracht, erklärte Kickl: „Das Weihnachtswunder, diesen Unsinn noch stoppen, haben ÖVP, Grüne und SPÖ verhindert.“

KURZ UND BÜNDIG



Schwarzer Schummelbericht

Die Farce rund um den ÖVP-Rechnenschaftsbericht aus dem Jahr 2019 setzt sich fort. Obwohl die ÖVP ihre Wahlkampf Ausgaben um eine Million Euro nach oben korrigiert hat, ortete der Rechnungshof einen Fehlbestand von knapp 900.000 Euro. „Verantwortlich für diesen Schummelbericht ist Kanzler Karl Nehammer, der 2019 Generalsekretär war. Wer die Menschen täuscht und unehrlich agiert, kann nicht Bundeskanzler sein. Nehmen Sie endlich den Hut!“, forderte FPÖ-Generalsekretär Michael Schmedlitz (Bild).

Unangenehmes wird versteckt

Die Freiheitlichen kritisierten am Dienstag das „Verbergen“ ihres Antrages für die Schaffung einer Abwahlmöglichkeit des Nationalratspräsidenten vor den Augen der Österreicher, die via Fernsehübertragung der Plenarwoche beiwohnen, in die späten Abendstunden. „Es ist wichtig, dass die Diskussion darüber nicht in den späten Abendstunden stattfindet, sondern dann, wenn möglichst viele Bürger übers Fernsehen zuschauen und sich selbst ein Bild machen können“, argumentierte FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker (Bild).



Geteilte Menschenrechte?

Am „Tag der Menschenrechte“ verwies die freiheitliche Verfassungssprecherin Susanne Fürst (Bild) darauf, dass die schwarz-grüne Bundesregierung, aber auch SPÖ und Neos die Menschenrechte nur noch dann einmahnen, wenn es um illegale Einwanderer und die „neue Völkerwanderung“ gehe. „Der Impfwang, das Einsperren durch die Lockdowns und das Diskreditieren von Menschen, die sich versammelt haben, um diese Verstöße gegen die Grund- und Freiheitsrechte aufzuzeigen, sind sehr gute Beispiele für die massiven und widerrechtlichen Eingriffen in unsere Menschenrechte“, erinnerte Fürst.

SPRUCH DER WOCHE



„Eine Krise muss man managen. Das tun wir als Regierung nach besten Wissen und Gewissen.“

Karl Nehammer
11. Dezember 2022

Eine „Krise managen“ heißt, sie zu beenden, Herr Bundeskanzler, und nicht, sie „nach bestem Wissen und Gewissen“ erst zu produzieren und dann zu verlängern.



BILD DER WOCHE Ungarn, Serbien, Westbalkan. Aber nirgendwo wollte dem Kanzler jemand die Asylkrise abnehmen.

Die „Kunst der Freunderlwirtschaft“ des Herrn Nationalratspräsidenten

Der ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka füllt sein Amt in derart opulenter Manier aus, wie man es aus Zeiten absolutistischer Herrscher kennt bzw. im schwarzen Erbpachthof Niederösterreich noch immer tut. Für FPÖ-Kultursprecher Thomas Spalt hat sich auch der Nationalratspräsident auf dem Boden der Geschäftsordnung und parlamentarischer Usancen zu bewegen.

Am 1. November löste Thomas Spalt seinen Vorarlberger Landsmann Reinhard Bösch im Nationalrat ab. Der neue Angeordnete übernahm von Volker Reifenberger die Funktion des Kultursprechers im Freiheitlichen Parlamentsklub.

Die ersten Aktivitäten setzte er im Kulturausschuss des Nationalrats mit einem Antrag zum Schutz des heimischen Kulturguts vor den Zerstörungsaktionen der „Klima-AktivistInnen“ sowie mit einer parlamentarischen Anfrage an Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der die Kultur dazu missbraucht, sich bei der Parlamentssanierung sein eigenes Denkmal zu setzen.

Im Kulturausschuss musste Spalt erfahren, dass die anderen Parteien keinerlei Notwendigkeit für den Schutz der Kunst sehen, wenn die Gefahr für Kulturgut von politisch und medial verhätschelten Gruppen ausgeht.

Die FPÖ blieb mit der Forderung an die Bundesregierung, umgehend ein Maßnahmenpaket zusammen mit den Verantwortlichen der Museen und sonstigen Institutionen zu erarbeiten und für den Schutz auch ausreichende budgetäre Mittel zu reservieren, in der Minderheit.

Dass es am Geld liegt, ist kaum anzunehmen, denn an anderer Stelle spielt Geld nicht die geringste Rolle. Dann nämlich, wenn Sobotka wieder einmal auf eigene Faust das Parlament als Bühne seiner Selbstinszenierung missbraucht.

Wie die Tageszeitung „Der Standard“ berichtete, engagierte der ÖVP-Nationalratspräsident ohne Ausschreibung und im rein persönlichen Ermessen einen Kunstkurator, der Kunstwerke für die dauerhafte Ausstattung des demnächst fertiggestellten sanierten Parlamentsgebäudes am Wiener Ring aussuchen soll.

„Die Kunst der Freundschaft“ betitelte die Zeitung ihren Bericht, denn den von ihm auserwählten Hans-Peter Wipplinger, Direktor des Leopold-Museums, soll Sobotka schon seit vielen Jahren „kennen und schätzen“.



Foto: FPÖ Vorarlberg

Spalt: Sobotka handelt in „fragwürdig bester ÖVP-Manier“.

Wipplinger wiederum verstand den freundschaftlich vergebenen Auftrag als Einladung zu „Bring your Family“ und engagierte prompt seine eigene Lebensgefährtin, die Kunsthistorikerin Susanne Längle, als „Projektmanagerin“.

Die beiden vergeben nun ebenso freihändig rund 1,8 Millionen Euro für den Ankauf diverser Kunstwerke, darunter ein aus Stahlbuchstaben gestalteter Schriftzug aus den Wörtern „Demokratie“ und „Parlament“ und eine „Demokratietrompete“ mit eigenem Mundstück für jede Fraktion.

Thomas Spalt nahm den neuerlichen Sobotka-Skandal zum Anlass für eine umfangreiche parlamentarische Anfrage an den Nationalrat-

präsidenten, in der es nicht nur um die beiden künstlerischen Hauptakteure Wipplinger und Längle geht, sondern auch um die anderen Künstler, die bei der Ausstattung des Parlaments zum Zug kommen sollen.

Konkret will der freiheitliche Kultursprecher wissen, ob sich Nationalratspräsident Sobotka selbst in diese Auswahl eingemischt hat, ob er Wünsche deponiert hat – und schließlich auch, ob der Präsident von den Künstlern jemals Geschenke erhalten hat.

„Der Kunst- und Kulturbetrieb leidet unter einer enormen finanziellen Abhängigkeit vom politischen Betrieb“, weiß Spalt. Daher sei es wichtig, gerade angesichts der Involvierung der umstrittenen Person Sobotka auch diese Fragen zu stellen.

Und noch etwas Bemerkenswertes fand der FPÖ-Abgeordnete heraus: Das Parlament verfügt schon seit mindestens fünf Jahren über einen eigenen Kunstkurator. Warum also wurde nicht dieser mit der Aufgabe betraut, die Kunstwerke für das sanierte Parlamentsgebäude auszusuchen?

Der Freiheitliche Parlamentsklub wartet nun gespannt auf die Antworten des ÖVP-Nationalratspräsidenten, der vor allem eines zu beherrschen scheint: die Kunst der Freunderlwirtschaft.



Foto: NZF



Foto: Bundesheer

„ÖVP-Manier“ Rechnungshofbericht zeigt

Dramatisch fiel der Bericht des Rechnungshofes über den Zustand der Miliz aus. Er ortete gravierende Mängel beim Personal, bei der Ausrüstung sowie bei der Ausbildung. Diese Mängel waren dem Ministerium bekannt, wurden sie doch seit Jahren vom Milizbeauftragten aufgezeigt – ohne Reaktion der zuständigen ÖVP-Minister. Die FPÖ fordert Sofortmaßnahmen zu deren Behebung.

Den „Reformen“ der ÖVP-Verteidigungsminister, gipfelnd mit Günther Platters Verkürzung des Grundwehrdienstes von acht auf sechs Monate und den damit entfallenden verpflichtenden Truppenübungen, haben das Rückgrat des Bundesheers, die Miliz, de facto außer Dienst gestellt.

FPÖ-Kritik bestätigt

Zu diesem Ergebnis kommt der Rechnungshof in seinem Bericht zur „Einsatzbereitschaft der Miliz“. „Schwarz auf weiß bestätigt sich damit auch unsere jahrelange Kritik“, erklärte dazu der freiheitliche Wehrsprecher Volker Reifenberger: „Und jetzt haben wir eine ÖVP-Verteidigungsministerin, die mit der Chaos-



Neben dem Personal fehlte es der Miliz ebenso an Material, weil dieses etwa für Auslandseinsätze des Bundesheeres benötigt wurde.

„Mängelwirtschaft“ auch bei der Miliz

Wagt die Folgen des jahrzehntelangen Aushungerns des Bundesheeres am Beispiel der Miliz auf

Abseits der Vermeidung ihrer vermurksten Umstrukturierung der Zentralstelle so beschäftigt ist, dass sie vergisst, die Lehren aus der Teilmobilmachung der Miliz zu ziehen und Verbesserungen herbeizuführen.“

Die Miliz ist von Personalmangel betroffen. Im Jahr 2021 waren nur rund 54 Prozent des Milizpersonals übungspflichtig. Dies wirkte sich negativ auf die Übungsfähigkeit der Miliz wie auch auf die Einsatzbereitschaft im Fall einer Mobilmachung aus.

Auch gab es eine beträchtliche Abweichung zum Soll-Stand bei Miliz-Offizieren und Unteroffizieren von rund einem Drittel (2021: 32,8 Prozent beziehungsweise 35,3 Prozent).

Stetige „Mängelverwaltung“

Der Miliz fehlte es im überprüften Zeitraum an Material. Der Milizbeauftragte habe in den Jahresberichten 2017 bis 2020 wiederholt auf diesen Missstand hingewiesen, was allerdings im Ministerium zu keinerlei Konsequenzen geführt habe. Aufgrund mangelnder Kenntnisse, fehlender Schulungen sowie fehlender Zugangsberechtigungen zu IT-Systemen beim Milizpersonal musste vermehrt das Personal

der Präsenzorganisation eingesetzt werden. Außerdem fehlten Grundschießfertigkeiten sowie Material, weil es vorwiegend in der Präsenzorganisation beziehungsweise im Auslandseinsatz verwendet wurde.

Auch die Empfehlungen des Rechnungshofes nach der Überprüfung des Milizeinsatzes während der Covid-19-Pandemie wurden ignoriert. Bis November 2021 hat das Verteidigungsministerium erst eine der 23 Empfehlungen des Rechnungshofes umgesetzt. Bei mehr als der Hälfte der Empfehlungen waren zu Ende 2021 keine Umsetzungsschritte vorgesehen oder „die Beurteilung

des Ministeriums“ noch nicht abgeschlossen.

Wiederherstellung der Miliz

Auch im Verwaltungsapparat gibt es laut den RH-Prüfern Mängel. So fehle eine steuernde und koordinierende Stelle für Milizangelegenheiten in der Zentralstelle des Ministeriums. „Die Koordination der Milizangelegenheiten in der Zentralstelle wäre zu stärken“, lautet daher die Empfehlung. Auch sollte das Ministerium die Empfehlungen des Milizbeauftragten verstärkt in milizbezogene Reformprojekte einfließen lassen.

Der derzeitige Zustand der Miliz widerspreche der Verfassung, wonach das Bundesheer nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten sei, betonte Reifenberger, selbst Milizoffizier: „Wir fordern daher die Wiederherstellung des verfassungskonformen Zustandes, der nur durch die Wiedereinführung der verpflichtenden Truppenübungen hergestellt werden kann. Dazu braucht es eine Verlängerung des Grundwehrdienstes, auf – wie früher – acht Monate mit verpflichtenden Milizübungen nach dem ‚Modell 6+2‘: Also sechs Monate Grundwehrdienst und 60 Tage Milizübungen über die Jahre verteilt. Ohne die verpflichtenden Truppenübungen stirbt der Rest unseres Milizsystems aufgrund Überalterung und natürlicher Abgänge in wenigen Jahren weg.“

Auch bei der Ausrüstung bestehe enormer Nachholbedarf, urgierte der freiheitliche Wehrsprecher. Wie der Krieg in der Ukraine drastisch aufgezeige, seien schwere Waffen notwendiger denn je. „Daher müssen die Miliz-Bataillone auch wieder mit wirksamen Panzerabwehrwaffen und Granatwerfern ausgestattet werden“, forderte Reifenberger ein.



Reifenberger: Heer und Miliz verfassungskonform aufstellen.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Vergangene Woche wurde der ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschuss um sieben Wochen und fünf Tage verlängert. Die etwas skurrile Frist ist den Neos geschuldet, die partout nicht die maximale Verlängerung von drei Monaten wollten.

Spannender ist die Frage, was die Landeshauptfrau von Niederösterreich im „Standard“ zu einer unglaublichen Entgleisung gegen den U-Ausschuss verleitet hat: Bei manchen würden die letzten Dämme brechen in Bezug auf den verantwortungsvollen Umgang mit diesem Kontrollinstrument; es gehe nur um Wahlkampf, das sei plumpes Vorgehen, meinte sie sinngemäß.

Die Dämme brechen

Eine wahrscheinliche Erklärung für diesen Ausfall war auf der unabhängigen Plattform „Zack-Zack“ zu lesen: „Zwei Monate vor der entscheidenden Landtagswahl hat die Inseratenaffäre jetzt auch Niederösterreich erreicht. Die Staatsanwaltschaft Wien hat mit Ermittlungen begonnen – vorerst gegen ‚unbekannte Täter‘. Es geht um Untreue – und um die Zukunft der ÖVP NÖ.“

Tatsächlich gibt es ein Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der EVN AG, der Hypo NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG sowie der NÖ Landesgesundheitsagentur. Eine anonyme Anzeige beschreibt auf 14 Seiten detailliert, wie die Konzern-Inserate in sehr hohem Ausmaß in ÖVP-Medien schalteten.

Allein dadurch ist bewiesen, dass es Abgeordneten wie unserem Fraktionsführer Christian Hafenecker nicht „um Wahlkampf“ geht, sondern um die Sauberkeit in der Politik.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Ein Tag zum Besinnen für die ÖVP

Den „Internationalen Antikorruptionstag“ am 9. Dezember nahm der freiheitliche Fraktionsführer im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss, Christian Hafenecker (Bild), zum Anlass für einen Appell an die ÖVP: „Für die ÖVP sollte dies ein Tag zum Nachdenken und Anlass für Klubklausuren und innere Besinnung sein. Denn keine andere Partei in Österreich steckt dermaßen im Sumpf der Korruption und Verhabeung wie die Schwarzen.“



FINANZPOLITIK

Zahnloses Gesetz

Als „zahnlos“ bezeichnete FPÖ-Budgetsprecher Hubert Fuchs das „Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom“. Denn die „Zufallsgewinnabschöpfung“ sei auf vier Monate beschränkt und sehe großzügige Absetzbeträge für die betroffenen Energieversorgungsunternehmen vor.

Weshalb 17.000 Euro mehr für ÖVP-Kanzler Nehammer?

Wegen der Teuerungswelle jetzt Null-Lohnrunde für Spitzenpolitiker!

Österreich ist eines der reichsten Länder, deshalb ist die Teuerungswelle nur eine Halluzination, meint die ÖVP zur Politiker-Gehaltserhöhung. Die FPÖ forderte eine Null-Lohnrunde.

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Dieser in der Vergangenheit vielleicht gültige Spruch wird der Realität nicht mehr gerecht. „Hunderttausende führen einen wirtschaftlichen Überlebenskampf und müssen jeden Euro dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben. Jeder Fünfte kann sich die monatlichen Kosten nicht mehr leisten. Und das sind keine Menschen, die ‚halluzinieren‘, wie manche ÖVP-Politiker zuletzt gemeint haben“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl



Nehammer ist fest überzeugt, dass ihm die Gehaltserhöhung zusteht.

die Gehaltserhöhung für Politiker. Allein der Kanzler bekäme damit 17.000 Euro mehr pro Jahr.

Stattdessen brachte die FPÖ einen Antrag auf eine Null-Lohn-

runde für Spitzenpolitiker und Spitzenmanager der öffentlichen Unternehmen ein. Der Antrag wurde von der schwarz-grünen Mehrheit und der SPÖ zurückgewiesen.

„Arbeitsmarktöffnung“ für Pensionisten

Pensionisten, die einer Nebentätigkeit nachgehen wollen, sollen keine finanzielle Nachteile erleiden, sondern ihre Expertise unge-



hindert ins Arbeitsleben einbringen können, forderte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer. Denn Österreichs Betrieben gehen an allen Ecken und Enden die Arbeitskräfte aus: „Unser Wirtschaftsstandort ist in Gefahr, und die einzigen Gegenmodelle, die von ÖVP-nahen Wirtschaftskreisen präsentiert werden, finden ihren Niederschlag lediglich in einer ungezügelter Öffnung unseres Arbeitsmarkts für Asylwerber und illegale Einwanderer.“

Vergessen werde bei diesen Überlegungen immer wieder, dass es genügend ungenutztes Potential in Österreich gebe, das darauf war-

te, aktiviert zu werden, erläuterte Angerer: „Wir haben eine aktive ‚Generation 60 plus‘, die trotz Pensionsantritt noch einen gewissen Teil ihrer Zeit für die Ausübung einer Beschäftigung einsetzen möchte.“

Daher fordert die FPÖ, dass für Pensionisten die Zuverdienstgrenze vierteljährlich angepasst und die Lohnnebenkosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer reduziert werden. Davon würden die Betriebe profitieren und auch die Pensionisten, weil sie wieder gestaltend am Arbeitsleben teilnehmen könnten, betonte Angerer.

Masseneinwanderung gefährdet die Sicherheit

Anteil von ausländischen Tatverdächtigen ist im Vorjahr bereits auf 39 Prozent gestiegen

In Anfragebeantwortungen zur Ausländerkriminalität hielt der Innenminister Zahlen zurück. Jetzt hat der „Kurier“ Einblick in die Kriminalitätsstatistik erhalten: Ausländer machen bei einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent schon 39 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen aus.

Der Migrationshintergrund von Straftätern wird im Kriminalitätsbericht des Bundeskriminalamtes (BK) nicht erhoben, wohl aber der Ausländeranteil bei den angezeigten Straftaten. Als Ausländer gilt eine Person mit Hauptwohnsitz in Österreich, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Das waren im Jahr 2021 rund 17 Prozent der Bevölkerung – aber 39 Prozent der Tatverdächtigen.

Insbesondere Afghanen seien auffällig, berichtete der „Kurier“, wobei Sexualstraftaten hier besonders negativ hervorstechen würden.

Karners versteckte Zahlen

Diese Daten waren für den FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer wenig überraschend,

hat sich deren negative Entwicklung für Österreichs Bevölkerung schon seit Jahren in diese Richtung bewegt.

„Die illegale Masseneinwanderung wirkt sich direkt auf die Sicherheit in Österreich aus. Das ist auch mitunter ein Grund, warum die österreichische Bevölkerung völlig zurecht keine illegale Masseneinwanderung haben möchte. Schon gar nicht in diesem gewaltigen Ausmaß, wie sie zuletzt unter ÖVP-Verantwortung stattfand“, erklärte Amesbauer.

Das mag wohl auch ein Grund sein, weshalb ÖVP-Innenminister Gerhard Karner bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen der Freiheitlichen zuletzt überhaupt keine Angaben mehr zu Zah-



Foto: NFZ

Amesbauer: Deshalb versteckt Karner die Zahlen der Kriminalstatistik!

len aus der Kriminalitätsstatistik gemacht habe.

„Es ist kein Wunder, dass sich die Österreicher angewidert von der Asyl- und Migrationspolitik der ÖVP, SPÖ, Grünen und Neos abwenden“, erklärte Amesbauer

unter Verweis auf die Bürgerproteste gegen geplante Asylquartiere: „Wir Freiheitlichen sind die einzige Partei, die einen konsequenten und glaubwürdigen Weg im Kampf gegen die illegale Masseneinwanderung gehen.“

Verdruss und Existenzangst zu Weihnachten

„Es ist schauerlich und macht mich fassungslos, wie ÖVP und Grüne mit dem hart erarbeiteten Wohlstand der Österreicher umgehen“, erklärte die freiheitliche Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch zu den jüngsten Warnungen von Arbeiterkammer und Schuldnerberatung: Demnach ist bereits jeder fünfte Bürger in Österreich arbeitsgefährdet.

„Dieses Drama ist einer völlig talentlosen Bundesregierung geschuldet, die per Gießkanne zwar Geld verteilt, das aber, sobald es bei den Bürgern angekommen, schlussendlich nur verpufft“, kritisierte Belakowitsch. Die schwarz-grüne Koalition scheue es, der Teuerung auf den Grund zu gehen.

So kämen sinkende Rohölpreise bei den Bürgern nicht an, Pendler blieben auf den enormen Treibstoffkosten sitzen, und der ÖVP-Finanzminister verdiene sich daran eine „goldene Nase“. Die CO2-Bepreisung sei dem grünen Koalitionspartner geschuldet, zur Befriedung seines Minderheitenprogramms.



Foto: NFZ

Belakowitsch: Neuwahlen, sofort!

„Lebensmittel, Heizen, Wohnen – wo man auch hinsieht, steigen die Preise ins Unermessliche. Ohne Gegenwehr und Eingriff in die Preisgestaltungen, siehe ‚Merit-Order‘-Prinzip beim Strompreis, wird sich daran auch nichts ändern“, bemerkte die FPÖ-Sozialsprecherin.

Sind es fehlende Konzepte gegen Armut und Inflation, oder schlichtweg Versagen mit Vorsatz, wunderte sich Belakowitsch: „Offensichtlich ist, dass ÖVP und Grüne unseren Bürgern zu Weihnachten Verdrossenheit und Existenzangst bescheren. Es ist an der Zeit, diese an ÖVP und Grüne weiterzugeben und Neuwahlen anzusetzen.“

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Keine Kompetenz bei Notstand in Spitälern

Erschütternd sind Anfragebeantwortungen des grünen Gesundheitsministers Johannes Rauch zum Notstand in immer mehr österreichischen Krankenhäusern. FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch hatte Rauch mit mehreren medial bekanntgewordenen Fällen konfrontiert, etwa mit jenem in der Klinik Floridsdorf in Wien, wo Kinderärzte eine Gefährdungsanzeige erstattet hatten, weil auf der Gynäkologie und der Geburtenstation nur noch ein Notbetrieb möglich sei. Rauch bekennt in der Beantwortung, dass er über derartige Zustände nicht einmal konkret informiert werde, weil es sich um die Angelegenheit der Bundesländer, hier also Wien, handle: „Mein Ressort verfügte bzw. verfügt aktuell über keine konkreten Informationen über einen Personalnotstand an der Klinik Floridsdorf und an anderen Spitalstandorten im Bundesland Wien.“



Foto: NFZ

Fünf Millionen Euro für Asyl-Freizeitbetreuer!

Der freiheitliche Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer staunte nicht schlecht, als er ein Jobinserat des Arbeitsmarktservice (AMS) sah, in dem „Freizeitberater“ für Asylwerber gesucht werden. Und sein Staunen wandelt sich in massiven Ärger, als er jetzt in einer Anfragebeantwortung lesen musste, dass derzeit stolze 159 dieser Berater beschäftigt sind und dafür heuer bis September sage und schreibe 5,08 Millionen Euro ausgegeben werden. Dass Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) beteuert, dass es sich im keine „Freizeitberater“ handle, sondern um „Lern- und Freizeitbetreuerinnen und -betreuer“ macht hier auch keinen Unterschied mehr.



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Korruption und Brüsseler Doppelmoral

Brüssel ist, wo man nicht mehr weiß, wo die Realität endet und die Satire beginnt. Im Mittelpunkt des Mega-Korruptionskandals steht Eva Kaili, eine griechische EU-Abgeordnete der Sozialdemokraten, die eine der 14 (!) Vizepräsidenten des Europaparlaments war. Was Parlamentspräsidentin Roberta Metsola als „Angriff auf die europäische Demokratie“ zu kaschieren versucht, ist aber Korruption im Inneren der EU-Institutionen.

Das das Bestechungsgeld aus Katar stammt, ist eine der

Pointen dieses Falls. Das Golf-Emirat ist ganz vorn bei den EU-Bemühungen dabei, die Gas-Abhängigkeit von einem autoritären Regime durch ein anderes zu ersetzen.

Dass bei den Hausdurchsuchungen im Brüsseler Kaili-Netzwerk rund 1,5 Millionen Euro an Bargeld in Koffern und Säcken gefunden wurden, während die EU Bargeld als Zahlungsmittel zurückzudrängen versucht, ist die nächste Pointe.

Brüssel und das EU-Parlament wollen in Ungarn einen Regimewechsel herbeiführen, weil den Ultras in der Zentralisten-Fankurve Viktor Orbáns Widerstand missfällt. Für die Sperre von Geldern bemühen sie die Korruption im Land, die sie nun aber mitten in den eigenen Reihen vorfinden.

Schön, dass sich EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen nun einen Ethikrat wünscht. Der könnte gleich bei der Impfstoffbeschaffung und ihren SMS mit Pfizer-Chef Bourla ansetzen.

Katar kauft halb EUropa und dessen Abgeordnete

Das Emirat Katar, das Austragungsländ der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft, ist einer der größten Investoren in Europa.

So hat das Emirat in Deutschland bereits 17 Prozent an Volkswagen aufgekauft, an der Deutschen Bank hält es 6,1 Prozent der Anteile und am Technikonzern Siemens 3,04 Prozent. In Frankreich nennt es nicht nur den Fußballklub Paris Saint-Germain sein eigen, sondern hält Beteiligungen an der Crème de la Crème der französischen Wirtschaft: Total, Suez Environnement, Veolia, Vinci, Lagardère oder dem Luxusimperium Luis Vitoen Moët Hennessy (LVMH).

Eine entscheidende Rolle spielt das Land auch in der Sanktionspolitik der EU: In Scharen pilgerten Regierungsmitglieder aus der EU in den Golfstaat, um Ersatz für russisches Erdgas zu ergattern.

Aber jetzt das: Die Katartis sollen hochrangige Sozialdemokraten im Europaparlament, angeführt von deren Vizepräsidentin Eva

Kaili, mit Koffern voller Bargeld „gekauft“ haben.

Das ist das Ergebnis von 16 Durchsuchungen – wobei unter anderem 600.000 Euro Bargeld sichergestellt wurden – samt fünf nachfolgenden Festnahmen durch die belgische Staatsanwaltschaft. Diese wirft Kaili und Genossen Korruption und Geldwäsche vor sowie die Bildung einer kriminellen Organisation, die dem Emirat Einfluss in den Institutionen der EU sichern sollte.



Eva Kaili: Von Katar bestochen?

Deutschlands renit Nächstes „Putschv

Unter dem Vorwand des „Kampfs gegen Rechts“



Gerhard Karner und Nancy Faeser: Zwei Innenminister, zwei katastrophale Wanderung und der daraus resultierenden steigenden Gewaltkriminalität in

Im Frühjahr wurde eine „rechte Chat-Gruppe“ ausgehoben, die eine Entführung des Gesundheitsministers samt Machtübernahme geplant haben soll. Jetzt wurde eine zweite Gruppe „gewaltbereiter“ Pensionisten ausgehoben, die – laut SPD-Innenministerin Nancy Faeser – einen „Abgrund terroristischer Bedrohung“ darstellen soll.

Am 5. Dezember erstach ein Asylwerber aus Somalia im baden-württembergischen Illerkirchberg ein 14-jähriges Mädchen und verletzte eine 13-Jährige schwer. Bereits 2019 war der Ort Schauplatz eines der dramatisch zunehmenden Gewaltdelikte „asylsuchender“ junger Moslems: Vier Afghanen hatten eine 14-Jährige in ein Asylwerberheim gelockt, mit Drogen betäubt und vergewaltigt.

Einer der damals verurteilten Täter ist bereits wieder auf freiem Fuß und sollte eigentlich im vergangenen Oktober abgeschoben werden. Jedoch seit der Machtübernahme der Taliban lehnt SPD-Innenministerin Nancy Faeser Rückführungen in das Land ab.

Razzia als Ablenkungsmanöver

Kaum war diese Facette der Sicherheitspolitik der „bunten Koalition“ in Berlin in den Medien aufgetaucht, schlug die Staatsgewalt gegen die „wahre Bedrohung“ des Landes zu: Eine vom Verfassungsschutz seit Langem beobachtete „Reichsbürger-Gruppierung“ wur-

de von 3.000 Beamten, verstärkt von einer Hundertschaft vorab informierter, staatstreuer Medienvertreter, festgesetzt.

Bei den festgesetzten Personen, einem „Abgrund terroristischer Bedrohung“, so Faeser, handelte es sich um Pensionisten, darunter auch zwei ehemalige Bundeswehr-Unteroffiziere aus dem Verwaltungsbe-



Politisch genehmer Sicherheitsapparat soll im Disziplinarrecht die Bewei-

Strenge Pensionisten: „Versuch“ verhindert

demontiert Berlin Demokratie und Rechtsstaat



Bilanzen bei der illegalen Massenein-
führung beider Länder.

bestehende staatliche Ordnung in Deutschland unter Einsatz von Gewalt und mit militärischen Mitteln beseitigen. Denn „einzelne Mitglieder“ hätten sich nämlich „auch mit Überlegungen getragen, gewaltsam in den deutschen Bundestag einzudringen.“

Auf die Spur gekommen waren die Ermittler dieser, laut Frank „bei der „Vorbereitung der Bildung einer terroristischen Vereinigung schon relativ weit vorangeschritten“ Gruppe über einen Ex-Soldaten, der Kontakt zu den „Vereinten Patrioten“ hatte.

Diese Gruppierung, angeführt von einer 75 Jahre alten Theologin, hatte der Verfassungsschutz schon im April außer Gefecht gesetzt, weil sie den SPD-Gesundheitsminister entführen und mit Hilfe des russischen Präsidenten Vladimir Putin die Macht ergreifen wollten. Trotz „erdrückender Beweislast“ konnte der Bundesgerichtshof bisher noch immer keine Anklageschrift vorlegen.

Faersers Säuberungspläne

Doch dann ließ SPD-Innenministerin Faeser durchblicken, wobei es ihr in „Kampf gegen Rechts“ wirklich geht: Sie demontiert den Rechtsstaat und will beim Disziplinarrecht eine Umkehr der Beweislast einführen, allein der „bloße Verdacht auf Demokratiefindlichkeit“ solle ausreichen, einen unliebsamen Richter, Polizisten, Lehrer oder Verwaltungsbeamten aus dem Staatsdienst zu entfernen. Nicht mehr der Staat muss die Schuld nachweisen, sondern der Beschuldigte seine Unschuld. Damit wird politischen Säuberungsaktionen wie in totalitären Staaten Tür und Tor geöffnet.

Ausgehend vom Kommentar des ehemaligen SPD/Grünen-Innenministers Otto Schily zu den „Reichsbürger-Razzien“ – „eher skurrile Spinner-Truppe, keine reale Bedrohung für Staat und Gesellschaft“ – kommt die reale Bedrohung für Demokratie und Rechtsstaat dann von höchster Stelle, der deutschen Bundesregierung.

reich, einem pensionierten Kriminalbeamten sowie einer ehemaligen AfD-Abgeordneten. Als „Kopf der Putschisten“ wurde ein 71-jähriger Adelige präsentiert.

Das Waffenarsenal der „Putschisten“ bestand laut bisherigem Ermittlungsstand aus einer registrierten Faustfeuerwaffe, mehreren Schreckschusspistolen sowie Jagdgewehren und mittelalterlichen Waffen aus dem Besitz des Prinzen.

„Staatsfeinde“ im Pensionsalter

Laut Generalbundesanwalt Peter Frank wollte die Gruppe die



t: Nach Plänen der SPD-Innenminis-
terin Faeser soll die Umkehr der Beweis-

KURZ UND BÜNDIG



Zweierlei Maßstäbe

In dem Streit um angebliche „Rechtsstaatsprobleme“ zwischen Ungarn und der EU-Kommission sowie dem Europaparlament kam es im EU-Rat zu einer Einigung. Nach der Zustimmung Ungarns zur Mindestkörperschaftssteuer von 15 Prozent für international tätige und digitale Konzerne wurden Budapest Corona-Hilfsgelder in Höhe von 5,8 Milliarden Euro freigegeben. Im Gegensatz dazu wurden nach dem aktuellen Korruptionsskandal keine Gelder des EU-Parlaments „eingefroren“. Im Gegenteil: Damit sein großzügiges Pensionssystem nicht zusammenbricht, braucht das „moralische Gewissen der EU“ zusätzliche Millionen von Europas Steuerzahlern.

Nein zur Maßlosigkeit der EU!

Die Diskussion zur Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip im EU-Rat bei wichtigen Politikbereichen hat jetzt auch den Beschluss des „Mehrjährigen Finanzrahmens“, also den EU-Haushalt, erreicht. „Das würde einer Mehrheit an Nettoempfängern erlauben, einfach über die Nettozahler drüberzufahren und immer neue Geldmittel einzufordern“, kritisierte der freiheitliche Europaparlamentarier Roman Haider den „Bericht zur Stärkung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027“, in dem diese Forderung erhoben wurde. Ebenso wies er die darin erhobene Forderung nach neuen EU-Eigenmitteln entschieden zurück.



Energiekrise zeigt Fehler in der Energiewende auf

Ein vernichtendes Zeugnis für die kostspielige wie chaotisch organisierte „Energiewende“ der deutschen Bundesregierung veröffentlichte letzte Woche das renommierte „Handelsblatt“. „Die Vorstellung, Erdgas sei als Energieträger bereits in wenigen Jahren verzichtbar, ist nicht haltbar“, riss Alexander Weiss, Leiter des globalen Energiesektors beim Unternehmensberater McKinsey, die Deutschen aus ihren Träumen. Das Land werde Erdgas noch länger als zehn Jahre brauchen, und das wird teuer, weil Russland boykottiert wird.

„Sinkende Erdgaskosten sind der entscheidende Schlüssel, um die CO2-Emissionen der Stromerzeugung zu reduzieren. Wenn die Erdgaskosten hoch bleiben, kommt zu viel Kohle zum Einsatz“, legte Weiss den Finger auf den wunden Punkt der „grünen Energiewende“, nämlich dem Atomausstieg zugunsten von Kohlekraftwerken.

Auch im Strombereich sieht McKinsey erhebliche Defizite. Erst

ab 2025 dürften die Strompreise auf ein für Wirtschaft und Bürger tragbares Niveau zurückkommen, so die ernüchternde Prognose. Und was den Ausbau der erneuerbaren Energien betrifft, fehlen laut McKinsey an die 180.000 Arbeitskräfte dafür. Dazu kommt die extreme Abhängigkeit von China, von dem der Analyse zufolge 95 Prozent der benötigten Solarzellen kommen sollten – wenn die Lieferketten endlich wieder reibungslos funktionieren.



Ohne Erdgas droht „Blackout“.

EUropa einst und jetzt

Ein Europa der souveränen Mitgliedsstaaten auf Augenhöhe, das die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung ernst nimmt, wurde von den Gründern der „Friedensunion“ versprochen und in weiser Voraussicht auch ein Vetorecht der Mitglieder bei Abstimmungen festgelegt. Auch ein substanzvoll gesundes Geldsystem ohne gedankenlose Finanzpiraterie wurde dann festgeschrieben. Unter anderem wurde die Asylpolitik über etliche Verträge festgelegt, mit einem Verbot des Asyltourismus und genauester Prüfung des Schutzes auf Zeit ohne Einbürgerungsvorschriften. Die Gründer-Agenda versprach auch eine innovative Umweltpolitik, bezahlbare Energieformen. Derzeit wankt diese Vereinigung, die unter dem verordneten Identitätsverlust und grüner Weltbeglückung unsere innovative europäische Wirtschaftskraft geopfert hat, sehenden Auges ihrem Ende entgegen. Wäre es nicht vernünftiger, Vertrauen aufzubauen mit effektiver Umweltpolitik ohne Klima-Weltuntergangstimmung? Ideologischer Hochmut wird uns nicht den Weg in eine bessere Zukunft weisen, sondern ein 1989 gescheitertes Gesellschaftsmodell in anderer Form hervorbringen.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck



Schleichende Überwachung

In China kann man nicht mehr einkaufen oder seine eigene Wohnung verlassen, wenn die staatliche „Gesundheits-App“ auf Rot schaltet. Auch bei uns wird bargeldloser Zahlungsverkehr, Handysignatur oder digitale ID mit sanftem Zwang durchgesetzt: Förderanträge der Bauern nur noch mit Handysignatur, Reisen sollen nur noch mit internationalem Gesundheitszertifikat möglich sein, ohne digitale ID bald keine Krankenversicherung. Für einen Pass sind Fingerabdrücke nötig, bald auch biometrische Daten, damit

LESER AM WORT



man von Überwachungskameras überall identifiziert werden kann. Aber wir haben doch nichts zu verbergen, oder? Könnte es aber sein, dass sie bald keinen Job mehr bekommen, weil ihre Elga-Daten einen oftmaligen Krankenstand zeigen? Sie helfen ihrem Freund beim Hausbau, ihr Handy hat den Standort preisgegeben, und sie werden wegen Schwarzarbeit angezeigt. Und wenn Sie nicht brav sind oder zu viel Strom verbrauchen, wird per Smart-Meter-Stromzähler der Strom abgeschaltet. Höchste Zeit, „Stopp!“ zu sagen.

Fritz Loindl, Oberwang

Integrationsmäh

Die meisten Österreicher – und die integrierten Einwanderer noch mehr – können den „Integrationsmäh“ nicht mehr hören. Immer, wenn die Regierung völlig ratlos ist, kommt die Geschichte von den tollen, neuen Integrationsmaßnahmen. Das ist so glaubwürdig wie die Märchen von den sicheren Grenzen, von den Grenzkontrollen, von der „geschlossenen Balkanroute“ usw. Das letzte Integrationsmärchen kam von Integrationsmähentante Susanne Raab. Nachdem bisher sämtliche Integrationsversuche kläglich gescheitert sind, glaubt kein Mensch mehr das Märchen von den „Pensions-Sicherern“, von den Fachärzten und Atomphysikern aus Afrika, Afghanistan usw. Was

die Menschen sehen, sind Horden von Analphabeten, die herumlungern und die Steuerzahler ein Vermögen kosten – Geld das bei den Pensionen, in der Kranken- und Altenpflege sowie bei den Familien fehlt. Wir haben selbst – Dank der EU, der EZB und der Coronapolitik sowie den völlig unsinnigen Sanktionen – genug Probleme und Armut. Da können wir gerne auf die hunderttausenden Sozialfälle verzichten, die sich meist nicht integrieren lassen, sondern nur Ansprüche und Forderungen stellen – sehr oft auch mit dem Messer.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Werbegag Arbeitsmarkt

Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast, könnte man meinen. Es ist natürlich eine lobenswerte Darstellung von unserem Arbeitsminister Martin Kocher und dem AMS-Chef Johannes Kopf, dass sich der Arbeitsmarkt so sehr erholt hat, dass die Arbeitslosenrate abnimmt. Ich konnte mich daher nicht der Tatsache verwehren, dass es so nicht stimmen kann und es ein politischer Werbegag sei. Es werden in Österreich weit mehr Konkurse als üblich gemeldet, ein Facharbeitermangel steht zu Buche, und eine Rezession wird man nicht mehr abwenden können – außer, man hat wieder Zahlen, die nicht stimmen. Wenn sie uns das trotzdem so verkaufen möchten,

muss ich eingestehen, dass eine Krise etwas Gutes sein kann.

Frank Christian, Aurolzmunster



Elterliche Sorgfaltspflicht

In einem „Krone“-Leserbrief wird kritisiert, weshalb die 13-jährige Leonie sich nachts unbeaufsichtigt in Wien herumtreiben konnte und „bedauerlicherweise“ dies nicht hinterfragt wurde. Hier scheint, dass der Verfasser die Aufsichtspflicht der Eltern ins Spiel bringen möchte. Gegenfrage: Wie kann es sein, dass diese „mutmaßlichen“ Täter oft als „unbegleitete Minderjährige“, also ohne Eltern, über tausende Kilometer in unser Land kommen, sich nächtens unbeaufsichtigt herumtreiben, um hier in Österreich zu vergewaltigen und zu morden? In diesem Sinne: Kein Nachzug von Familien, sondern sofortige Abschiebung und Rückführung unbegleiteter Minderjähriger in deren Heimat – und zwar in die Obhut ihrer Eltern!

Stefan Scharl Klosterneuburg

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Millionen für rote VHS, Chaos im Schulbetrieb!

Wiens SPÖ zeigt pinkem Koalitionspartner, wo die Prioritäten liegen

Während die Wiener Volkshochschulen mit einem weiteren Millionenzuschuss bedacht werden, wächst das Chaos und die Unzufriedenheit im Schulbereich. „Ludwig lässt Schüler und Lehrer im Stich!“, so FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss.

Die katastrophale Finanzgebarung der Wiener Volkshochschulen (VHS) wurde bereits im Vorjahr vom Stadtrechnungshof aufgedeckt. Durch den Bericht wurde bekannt, dass diese SPÖ-Organisation im Zeitraum von lediglich zwölf Jahren insgesamt 282,5 Millionen Euro an Mitteln von der Stadt Wien erhalten hat. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Volkshochschulen war im Prüfungszeitraum übrigens der nunmehrige SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig.

„Ludwig ist damit für Misswirtschaft und Steuergeldverschwendung persönlich verantwortlich.“



Wiens SPÖ beschert ihren Volkshochschulen weitere Millionen.

Wenn jetzt mit tatkräftiger Unterstützung von Neos-Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr weitere Millionen in dieses rote Fass ohne Boden gebuttert werden, dann ist das eine Provokation der Sonderklasse“, betonte Krauss.

Wildes Chaos im Schulsystem

Denn auf der anderen Seite des Bildungsbereichs, den öffentlichen Schulen, wächst sich das Chaos

aus. So sollen aktuell 27 Lehrkräfte aus Wiener Ganztagschulen gegen ihren Willen versetzt werden.

„Die Lehrer sind verzweifelt, sie finden kein Gehör beim Herrn Stadtrat oder der Bildungsdirektion, um die Bedürfnisse der Schulen darzulegen“, berichtete Krauss. Er warnte Wiederkehr davor, dieselben Fehler zu machen wie im Gesundheitssystem, das von „genehmen Experten“ an die Wand gefahren wurde.

Untragbare Zustände in Wiener Spitälern

Die Anordnung des „Wiener Gesundheitsverbands“, Patienten aus den Bundesländern nur noch bei Notfällen stationär aufzunehmen, sorgte beim Gesundheitssprecher der Wiener Freiheitlichen, Wolfgang Seidl, für Empörung. Dass Nicht-Wiener nun von Wiener Spitälern abgewiesen werden sollen, sei gar nicht rechtskonform und zeige in erster Linie das Versagen der SPÖ Wien im Gesundheitsbereich auf.

„Während die SPÖ Menschen aus aller Herren Länder in Wien aufnimmt und dafür Geld ohne Ende zur Verfügung stellt, soll es für Österreicher aus den benachbarten Bundesländern, die in das Gesund-

heitssystem einzahlen und für spezielle Behandlungen nach Wien kommen müssten, keinen Platz mehr geben? Das ist vollkommen inakzeptabel. Gesundheitsstadtrat Peter Hacker muss endlich handeln oder zurücktreten, falls ihn die an ihn gestellten Anforderungen überfordern“, so Seidl.

Die Stadtregierung müsse endlich alles daran setzen, eine Aufstockung des medizinischen Personals zu erreichen, damit das marode Gesundheitssystem nicht vollends zusammenbreche: „Geld, das in Mindestsicherung von Wirtschaftsflüchtlingen gesteckt wird, muss endlich da verwendet werden, wo wir es am dringendsten benötigen.“



Seidl: Überforderter Stadtrat Hacker soll endlich gehen.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



In zwei Jahren wird des 200. Geburtstags von Johann Strauß gedacht werden. Ich war vor einigen Tagen im Stadtpark, wo er ja seit elf Jahren wieder im Original-Gold erstrahlt.

Na servas

Auf dem Sockel des Walzerkönig-Denkmal ist der Name JOHANN STRAUSS mit Doppel-s geschrieben, in Blockschrift gibt's kein ß. Ab 2024 aber wird die Doppel-s-Schreibung amtlich angeordnet. Obwohl der Walzerkönig mit dem Richard Strauss überhaupt nicht verwandt ist.

Aber wir wollen ja international sein, und da gibt's in den meisten Sprachen kein ß und keine Umlaute.

Die Deutschen sind da nicht so unterwürfig, ihr Autokennzeichen für Altötting zum Beispiel heißt AÖ, unseres für Mödling heißt nicht MÖ, sondern MD. Und auch der ORF und die OMV genieren sich fürs Ö, mit dem immerhin unser Landesnamen beginnt. Und es wird Streitereien um Straußens s-Schreibung geben. Neger, Eskimos, Lappen, schauts owa.

Und wenn's nach einem der Rendi-Wagner-Jünger geht, ist auch Schluß mit „Grüß Gott“. Nein, da steckt nicht die Alice Schwarzer dahinter, die vielleicht „Grüß Göttin“ postuliert.

„Guten Tag“ sollen wir sagen. Wenn's keine anderen Sorgen in der Löwelstraße gibt: herzliche Gratulation!

BURGENLAND **Steuerflut bremsen**

Burgenlands Freiheitliche fordern die Abschaffung der im November von SPÖ und Grünen beschlossenen „Baulandabgabe“. Zahlreiche Einwendungen betroffener Grundstückseigentümer bis hin zu Klagen gegen die Abgabenbescheide bestätigen die Kritik der Partei. Angesichts der Teuerung in sämtlichen Bereichen müsste SPÖ-Landeshauptmann Hans Peter Doskozil die „Handbremse ziehen“ und die Baulandmobilisierungsabgabe aus dem Raumplanungsgesetz wieder streichen, forderte die FPÖ per Entschließungsantrag im Landtag.

OBERÖSTERREICH **Sozial, nicht spekulativ**

ÖVP-Wirtschaftsminister Martin Kocher müsse die Diskussion stoppen, wonach gemeinnützige Wohnbaugesellschaften auch Anlegerwohnungen bauen können, forderte Oberösterreichs FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner: „Der gemeinnützige Wohnbau darf kein Anlage- bzw. Spekulationsobjekt werden!“



M. Haimbuchner

NIEDERÖSTERREICH **Entlastung der Mieter**

Während die Menschen nicht mehr wissen, wie sie Rechnungen, Lebensmittel bezahlen oder ihre Wohnzimmer heizen sollen, stimme die ÖVP eine abgehobene Selbstbeweihräucherung in der anstehenden Sitzung des niederösterreichischen Landtags an, kritisierte FPÖ-Klubobmann-Stellvertreter Erich Königsberger. Alleine die „Aktuelle Stunde“ mit dem Titel „Erfolgsmodell Niederösterreich – Die blau gelbe Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden“ zeige diese Abgehobenheit und Selbstüberschätzung auf, kritisierte Königsberger: „Wo sind der angekündigte Gebührenstopp oder die sozialen Abfederungen? Sinnvoller wäre es, die Kosten-Preis-Spirale zu verlangsamen, etwa die Wertesicherung von Wohnraum zu wesentlichen Teilen von der aktuellen Inflation zu entkoppeln.“

Rot-schwarze Landesregierung lässt die Pflegeheime im Stich!

Kärntens Freiheitliche fordern finanziellen Schutzschirm für die Heime

Wer die Versorgung in Pflegeheimen und Sozialbetrieben sicherstellen will, muss für deren finanzielle Sicherheit sorgen, statt Almosen zu geben.

Die Teuerungswelle bringt einen enormen Kostendruck in die Sozialeinrichtungen. Ein Pflegeheim mit 70 Betten hat im Vergleich mit den Vorjahren 100.000 Euro Mehrkosten für Strom und Heizung. Diesem gewährt das Land einen sogenannten „Teuerungsausgleich“ von 400 Euro je Bett, ergibt in Summe 28.000 Euro. Ein alternativer Lebensraum, also eine kleine Pflegeeinrichtung für sechs Klienten, hat Mehrkosten für Strom und Heizung von rund 8.000 Euro, aber der Teuerungsausgleich des Landes beträgt nur 2.400 Euro.

FPÖ fordert Schutzschirm

Die FPÖ fordere daher in einem Dringlichkeitsantrag einen Schutz-

KÄRNTEN 

Darmann: Brauchen einen Teuerungs-Schutzschirm für Pflegeheime.

schirm für die Sozialbetriebe, der die enormen Mehrkosten für Heizung und Strom kompensieren soll, erklärte Klubobmann Gernot Darmann: „Die SPÖ-Sozialreferentin Beate Prettner kann bis heute nicht sagen, wie der Sockelbetrag, das

monatliche Entgelt für Pflegeheimbewohner, angepasst wird.“

Wegen dieser Unsicherheit warnte Darmann vor der Gefahr, dass Heime geschlossen werden oder Betreiber wie die Stadt Klagenfurt den Verkauf ihrer Pflegeheime planen.

STEIERMARKE

Nein zum Asylgroßquartier Kindberg!

Unter den Einwohnern der steirischen Stadtgemeinde Kindberg herrscht angesichts der geplanten Errichtung eines Asylgroßquartiers Verunsicherung. Derzeit wird das ehemalige Landespflegezentrum bereits baulich adaptiert, um möglichst schnell bis zu 300 Asylwerber dort unterzubringen.



Kunasek und Amesbauer: Wir stehen auf der Seite der Bürger!

„Dieses geplante Asylgroßquartier steht sinnbildlich für das Totalversagen der Bundesregierung in Sachen Migrationspolitik. ÖVP-Innenminister Gerhard Karner ignoriert die Befürchtungen der betroffenen Bevölkerung und praktiziert eine brutale Drüberfahrer-Politik“, kritisierte der steirische Landesparteiobmann Mario Kunasek das verantwortungslose Vorgehen von Bund und Land.

Hannes Amesbauer, Bezirksparteiobmann von Bruck-Mürzschlag und FPÖ-Sicherheitsprecher fand ebenfalls deutliche Worte: „Dieses Asylheim muss verhindert werden, es braucht einen Paradigmenwechsel in der Asylpolitik. Der ÖVP-Innenminister ignoriert dabei, dass die Stadtgemeinde Kindberg mit dem Großquartier völlig überfordert ist. Er schafft damit nicht nur sicherheitspolitische und gesellschaftliche Probleme, sondern gefährdet auch die medizinische Versorgungslage.“

FPÖ

Mario KUNASEK
Herbert KICKL
NAbg. Hannes AMESBAUER

**KINDBERG SCHÜTZEN
ASYLHEIM STOPPEN**

GROSSE KUNDGEBUNG

Seit 2016 steht das alte Landespflegezentrum in Kindberg leer. Nun soll das Gebäude als Asylunterkunft genutzt werden! Die Kosten dafür trägt die Republik Österreich. Das ist ein Skandal der Sonderklasse!

FREITAG TREFFPUNKT
HAUPTSTRASSE 55
(Fußgängerzone) · 8650 Kindberg

16 DEZ. **BEGINN: 17.00 UHR**

mit NAbg. Hannes AMESBAUER
Bezirksparteiobmann,
Mario KUNASEK
FPÖ-Landesparteiobmann, Klubobmann
und Herbert KICKL
FPÖ-Bundesparteiobmann, Klubobmann

Foto: FPÖ Steiermark

Daher werden die Freiheitlichen am Freitag, dem 16. Dezember, eine Großkundgebung in Kindberg gegen die Inbetriebnahme des Asylquartiers abhalten, betonten Kunasek und Amesbauer: „Wir stehen auf der Seite der Bürger. Daher Nein zu diesem Asylgroßquartier!“

NIEDERÖSTERREICH 

Mikl-Leitners leeres Wahlversprechen: 31 Landarztpraxen sind derzeit wegen Ärztemangels nicht besetzt – siebenmal mehr als 2019.

Versprochen – gebrochen: „Landarztgarantie“ der ÖVP

Landbauer: So fährt Mikl-Leitner unser Gesundheitssystem an die Wand!

Vor der letzten Landtagswahl gab die Mikl-Leitner-ÖVP die „Landarztgarantie“ ab. Jetzt sind 31 Praxen unbesetzt, davon 20 bereits länger als ein Jahr.

Das niederösterreichische Gesundheitssystem liegt darnieder, weil die ÖVP nichts gegen den Ärztemangel unternimmt.

„Im Jahr 2019 versicherten die Landesschwarzen noch vollmundig eine ‚Landarztgarantie‘. Dieses Versprechen erwies sich als dreiste Lüge. Das ist verantwortungslos! Mit der Gesundheit der Landsleute spielt man nicht“, kri-

tisierte FPÖ-Landesparteiobmann Udo Landbauer. Die Verantwortung dafür trage ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die das Vertrauen der Niederösterreicher missbraucht habe.

Inseraten-Flut statt Kassenärzte

Während das Gesundheitssystem kollabiert, wurde das Geld stattdessen für Inserate zum Fenster hinausgeworfen, weshalb die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue ermittelte.

„Die Zahl der unbesetzten Kassenarztpraxen hat sich seit der letzten Landtagswahl versieben-

facht. Die geflopte ‚Landarztgarantie‘ ist den Niederösterreichern eine weitere Warnung vor der Unglaubwürdigkeit der Mikl-Leitner-ÖVP“, erklärte Landbauer. Er forderte eine ehrliche und effektive Gesundheitspolitik, also mehr Prävention, mehr Kassenplanstellen sowie mobile Kassenordinationen als ersten Schritt, um die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen: „Das ist der Schlüssel für ein gesundes Niederösterreich. Die Niederösterreicher haben das Recht, dass sie für ihre Krankenkassenbeiträge eine wohnortnahe Versorgung bekommen.“

Asylwerber-Demo: Was noch?

Scharfe Kritik an der „Scheinasylanten-Demo“ gegen die „unmenschliche Asylpolitik Tirols und Österreichs“ in Innsbruck übte der freiheitliche Landesparteiobmann Markus Abwerzger: „In welcher Welt leben diese Personen? Asylwerber aus einem Kriegsgebiet sind einem so großzügigen Aufnahmeland wie Österreich normalerweise dankbar.“

Für ihn war die Demo ein klares Indiz dafür, dass diese Demonstranten, großteils jung, männlich und aus islamischen Staaten, nie-

mals eine Chancen haben werden, im Rahmen des Asylverfahrens ein Bleiberecht zu bekommen. „Bis dahin belasten sie Österreichs Steuerzahler über die horrenden steigenden Kosten der Grundsicherung, während sich viele Tiroler nicht einmal mehr das Heizen und den Strom leisten können“, hielt Abwerzger dem entgegen. Es könne doch nicht sein, dass illegale Scheinasylanten besser leben und mehr Geld bekommen als Tiroler Mindestpensionsbezieher oder alleinerziehende Elternteile.



Abwerzger: Mehr Geld für Asylwerber als für Mindestrentner?



Udo Landbauer

FPÖ-Landesparteiobmann Niederösterreich

Es entbehrt nicht einer gewissen Situationskomik, dass ausgerechnet die ÖVP-Niederösterreich ein sogenanntes „Fairnessabkommen“ für den bevorstehenden Wahlkampf eingefordert hat.

Damit meinen die Landesschwarzen freilich nicht den Verzicht auf schmutzige Wahlkampftricks à la Silberstein und schon gar nicht eine Wahlkampf-kosten-Begrenzung. Nein, damit meinen sie, dass die Opposition Kritik an den Machenschaften der mit absoluter Macht regierenden ÖVP tunlichst unterlassen soll.

„Fairness“ à la ÖVP

Darunter fällt für sie die Ladung ihrer Landeshauptfrau in den ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss, der als „Dirty-Campaigning“ bezeichnet wird. Offensichtlich liegen die Nerven blank, und es herrscht blanke Panik, dass der tiefe schwarze Staat, den die ÖVP über Jahrzehnte gebildet hat und der sich wie ein schwarzer Faden durch die niederösterreichische Gemeinde- und Landespolitik bis tief hinein in die Schaltstellen der Macht zieht, gekappt werden könnte.

Das aufzuzeigen und aufzudecken ist keine Schmutzkübelkampagne, sondern ein Befreiungsschlag gegen die absolutistisch herrschende ÖVP.

Schmutzig ist es, Landesunternehmen für Parteiinteressen zu missbrauchen.

Schmutzig ist es, die eigenen Landsleute mit überhöhten EVN-Rechnungen abzuzocken.

Schmutzig ist es, die Bevölkerung dem Asylchaos auszuliefern.

Schmutzig ist es, im ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss Gedächtnisschwund vorzugaukeln.

Das macht die ÖVP. Am 29. Jänner werden wir das beenden!

GEZWITSCHER



Markus Roscher

@lawyerberlin



Halten wir fest: Bei jeder Kneipenschlägerei im Clanmilieu werden von einem Dutzend Polizisten mehr scharfe Waffen gefunden, als 3.000 Polizisten bei einer bundesweit durchgeführten #Razzia in 130 Objekten von „Putschisten“ finden? Eine (angemeldete?) Pistole? Für einen Umsturz?

8. Dez. 2021 08:34

Deutschland 2022: Fakten sind gestern, die Haltung zählt.

Georg Renner

@georg_renner



Seit die ÖVP Niederösterreich 2018 eine „Landarzt-Garantie“ versprochen hat, hat sich die Zahl der langzeit-leerstehenden Arztpraxen versiebenfacht.

10. Dez. 2022 19:45

Gibt es eigentlich ein Wahlversprechen eines ÖVP-Politikers zugunsten der Bürger, das in den letzten Jahren auch umgesetzt wurde?

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Herbert Kickl

12. Dez. 2022

Das vergessen wir euch NIEMALS!

Mit der Einführung der Impfpflicht ist es eigentlich rechtswidrig, in Österreich zu wohnen und nicht geimpft zu sein. Und daran können sich auch andere Konsequenzen knüpfen.

Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP)

3.138 Personen gefällt das.

Davon wollen ÖVP, Grüne, SPÖ und Neos nichts mehr wissen. Menschenrechte gelten hierzulande in erster Linie ja nur mehr für illegale Einwanderer.

Preisvergleichsportal: Teuerung hält auch 2023 ungebremsst an

Zusätzliche Belastung für eine Familie von mehr als 3.000 Euro

Laut dem Preisvergleichsportal „durchblicker.at“ werden auch im kommenden Jahr Strom und Heizen den Österreichern teuer zu stehen kommen.

Alleine die Fixkosten dürften nach Berechnungen des Online-Vergleichsportals „durchblicker.at“ für eine durchschnittliche Familie mit einem Kind um 2.800 Euro im Jahr steigen. Inkludiert sind in dieser Berechnung allerdings nur Preiserhöhungen bei Strom und Gas sowie Indexanpassungen bei Mobilfunk, Internet und Versicherungen.

Energiepreise steigen weiter Unberücksichtigt sind mit Wohn- und Treibstoffkosten zwei Preistreiber, die einerseits wegen der Indexanpassung sowie der CO2-Steuer ebenfalls kräftig steigen werden.

Table with 4 columns: Strom, aqua strom basic, strom future, aqua strom plus. Rows include Grundgebühr, Laufende Rabatte, Strompreis, Netzgebühren, Steuern und Abgaben, Gesamtpreis, Wechselbonus, Reduktion Gebrauchsabgabe, Gesamtpreis im 1. Jahr, Geschätzter Teilbeitrag.

Strom und Gas bleiben nächstes Jahr teuer für die Österreicher.

Den größten Teil der Mehrkosten verursacht laut Durchblicker der Bereich Energie. Die Stromrechnung wird für einen dreiköpfigen Wiener Durchschnittshaushalt trotz Strompreisdeckel im kommenden Jahr um 468 Euro teurer ausfallen, die Gasrechnung um 2.115 Euro höher sein.

Aber auch für Fernwärme etwa zahlt ein Durchschnittshaushalt im kommenden Jahr rund 540 Euro

mehr. Die Jahreskosten von Kfz- und Haushaltsversicherung erhöhen sich durch Indexanpassungen für den Durchschnittshaushalt um 156 Euro, jene für Mobilfunk und Internet um 66 Euro.

Sparen könnten Haushalte, indem sie Preise und Tarife für Telefon, Internet und Versicherungen laufend vergleichen. Bei Strom und vor allem Gas seien Konsumenten den Erhöhungen hilflos ausgeliefert.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Der „Kurier“, der in jüngster Zeit mehr Daten vom Innenministerium erhält als das Parlament, bestätigt im Artikel „Asylkrise: Hausaufgaben nicht gelöst“ die Kritik der FPÖ an der ÖVP. 75.000 der 100.000 aufgefundenen Illegalen haben demnach den Weg nach Österreich geschafft,



ohne in einem anderen EU-Land registriert zu werden. Dass es für diese zu wenig Quartiere gibt, liegt auch daran, dass die Gemeinden bevorzugt die 90.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine versorgen wollen, als Horden junger moslemischer Männer.

Waren es früher die Grünen, die in Wien Anrainerparkplätze für Radwege „opferten“,



so hat laut „Heute“ diese Rolle – getreu der Koalition auf Bundesebene – jetzt die ÖVP übernommen. In Döbling soll in der Hutweidengasse als Ersatz für ein gescheitertes rot-schwarzes Prestigeprojekt ein Radweg entstehen. Für Döblings FPÖ-Obmann Klemens Resch eine Katastrophe, würden damit doch den Anrainern 100 Parkplätze „gestohlen“.

Der ORF hat Prinzipien, an denen er festhält, auch wenn die Realität ganz anders aussieht. Etwa zu Viktor Orbán, der – so die ORF-Diktion – seine Wahlerfolge ja nur der Korruption, und rechtsstaatlich bedenklichen Maßnahmen zu verdanken hat.

Jetzt hat dieser doch glatt einen Teilerfolg gegen die moralisierende Linke in Brüssel und dessen medialen Herolden erreicht und bekommt mehr Fördergeld, als ihm das Europaparlament und die EU-Kommission zugestehen wollten.

Das „Problem Orbán“ besteht aber weiter, weil er „den Weg der Rechtsstaatlichkeit immer weiter verlässt“, wie uns die „ZIB1“-Mo-



deratorin weiszumachen versucht. Und dazu darf im Beitrag ausgerechnet ÖVP-Europastaatssekretärin Karoline Edtstadler zu Wort kommen. Es „darf keine Abstriche geben, bei der Rechtsstaatlichkeit“ plappert sie ins ORF-Mikrofon, als würde der ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss nur in der

Einbildung der Österreicher existieren, wie die Teuerung.

Immerhin hatte die Brüssel-Korrespondentin den Mut zu erwähnen, dass die treibende Kraft hinter den Korruptionsvorwürfen gegen Orbán, das Europaparlament, jetzt selbst von einem Korruptionsskandal erschüttert wird.

Das musste natürlich der Ungarnkorrespondent zurechtbügeln, der von einer Niederlage Orbáns in Brüssel sprach. Unerwähnt ließ er, dass Orbán die im September verlangten 17 Maßnahmen umgesetzt hat, worauf die Kommission Ende November 10 weitere Maßnahmen drauflegte. Aber das ist ja nur ein unwichtiges Detail am Rande.

Auf einen Sprung ins Museum

Dem Weihnachtsstress entfliehen in die Stille kleiner Wiener Museen

Die stillste Zeit im Jahr ist hektisch, Zeit ist Mangelware. Um dem Stress wenigstens für kurze Zeit zu entkommen, ist ein Besuch in einem unserer kleinsten Museen anzuraten.

Kollege Hannes Wolff hat mich angeregt, einen Sprung ins Museum der Strauß-Dynastie zu machen. In der Müllnergasse im 9. Bezirk ist's nicht uninteressant.

Da gibt es Einblicke in das Leben und das Schaffen der Strauß-Familie. Die außergewöhnliche Ära der Zeit des Walzerkönigs, seiner Brüder und seines Vaters wird in vielen Bild- und Notendokumenten vor dem Betrachter lebendig, und in 15 exquisiten Audio-Stationen kann man sich musikalische Beispiele in Form der unzähligen Kompositionen anhören.

Das kleine Museum ist übrigens von der „British Guild of Travel Writers“ als „bestes europäisches Tourismusprojekt“ ausgezeichnet. Das will was heißen, wenn man

das Faible der Briten für Kultur und Museen kennt.

Der schwarze Mann

Und weil Neujahr nicht mehr weit ist, wäre vielleicht auch das Rauchfangkehrer-Museum in der Klagbaumgasse auf der Wieden ein zeitgemäßes Ziel.

Die Geschichte dieses Berufs und auch die vielen Veränderungen im Handwerk der „Schornsteinfeger“ werden hier vor uns lebendig.

Und es geht auch um die ehemalige Rauchfangkehrerkirche, die mit zahlreichen Photos eine der schwersten Sünden der roten Gemeinde Wien dokumentiert.

Die wunderschöne mitten auf der Wiedner Hauptstraße stehende Barockkirche war nämlich einem verpatzten Verkehrskonzept 1965 im Weg und wurde erbarmungslos abgerissen. Die Proteste der Wiener nutzten nichts.

Dass die Rauchfangkehrer nicht nur im neuen Jahr Glück bringen,



ist ein uralter Aberglaube. Nach dem Anblick eines der Männer im schwarzen Arbeitsgewand muss man ja einem Lottosechser zuliebe bekanntlich einen Knopf an der Kleidung so lang in der Hand halten, bis man ein Fenster mit einem

weißen Fensterpolster erblickt.

Dass man nach dem Besuch des Rauchfangkehrer-Museums ein Glas Sekt bekommt, macht die Sache glaubhaft.

Prosit!

Herbert Pirker

Adventbesuche der FJ Eferding in Altenheimen

Die Freiheitliche Jugend (FJ) des Bezirks Eferding überraschte die Bewohner in den Bezirks-Alten- und -Pflegeheimen in Eferding und Hartkirchen mit Weihnachtskekken zum Beginn der Adventzeit.

Als Dank für ihre herausfordernde Arbeit gab es nicht nur für die Bewohner, sondern auch für das Pflegepersonal eine süße Überraschung. „Nach zwei langen Jahren, seit Beginn der Covid-Pande-

mie, hatten wir dieses Jahr endlich wieder die Gelegenheit, die Kekse den Bewohnern des Eferdinger Altenheims direkt zu überbringen, um den Bewohnern wie auch dem Personal unsere Dankbarkeit auszudrücken“, erklärte Bezirksjugendobmann Richard Haider, bei der Aktion von Oberösterreichs FJ-Landesobmann Silvio Hemmelmayr begleitet und tatkräftig unterstützt wurde.



Damit der „e.motion Lichtblickhof“ ein Kraftort bleibt

Prämierte Partnerschaft mit den Österreichischen Lotterien

Unter dem breit gefächerten Unterstützungsprogramm ist den Österreichischen Lotterien eine Partnerschaft in den letzten Jahren besonders ans Herz gewachsen, nämlich jene mit dem Kinderhospiz „e.motion Lichtblickhof“. Therapieeinrichtungen wie diese funktionieren nur durch Hilfe auf finanzieller und ehrenamtlicher Basis. Die Österreichischen Lotterien leisten beides: Sie unterstützen diesen Therapie-Bauernhof finanziell und im Rahmen des Corporate-Volunteering-Programmes bei dem Mitarbeiter:innen bis zu fünf Arbeitstage pro Jahr für soziales Engagement eintauschen können. Eine besonders gelungene Kooperation, die vom Fundraising Verband Austria heuer mit dem 3. Platz in der Kategorie „Partnerschaft des Jahres“ ausgezeichnet wurde. Das Unterstützungsprogramm der Österreichischen Lotterien ist vielfältig. Projekte, bei denen Integration und Inklusion eine zentrale Bedeutung haben und damit der Mensch im Mittelpunkt steht, hatten dabei schon immer einen besonderen Stellenwert.



Feiertagsglück zum Rubbeln

In den Winter Rubbellosen stecken Gewinne bis 75.000 Euro

Rubbellose im winterlichen und weihnachtlichen Gewand haben Tradition und erfreuen sich Jahr für Jahr großer Beliebtheit, nicht zuletzt auch deshalb, da sie gerne als Gastgeschenk mitgebracht werden:



1 Jahr Weihnachten – 5.000 Euro monatlich für die Dauer eines ganzen Jahres: Beim Rubbellos „1 Jahr Weihnachten“ gibt es diese „schöne Bescherung“ gleich für zwei Glückspilze. Mit dem Bonuspiel wartet außerdem eine zweite Gewinnchance. Der Lospreis beträgt 3 Euro.

Christmas Cash – Besonders elegant durch die Vorweihnachtszeit kommt man mit dem Rubbellos „Christmas Cash“. Edel ist nicht nur das Outfit, sondern auch die Chance auf bis zu 75.000 Euro Gewinn. Pro Los kann man hier sogar bis zu dreimal gewinnen. Das Los ist um 5 Euro erhältlich.

Winter Cash – Bei diesem coolen Los warten herzerwärmende 30.000 Euro als Hauptgewinn, und auch hier gibt es ein Bonusspiel als zweite Gewinnchance. Das Los kostet 3 Euro.




HERBERT KICKL
FPO-Klubobmann und
Bundesparteiobmann

HANNES AMESBAUER
FPO-Sicherheitsprecher

GRENZSCHUTZ STATT ZELTLAGER!

ASYLSTOPP JETZT!

Seit Schwarz-Grün regiert, sind Österreichs Grenzen wieder offen wie Scheunentore. Die Regierung kapituliert vor den illegalen Einwanderern und ihren Schleppern. Anstatt endlich die Grenzen zu sichern, lässt der ÖVP-Innenminister Zelte aufbauen. Und Kärner verweigert den Bürgern auch eine transparente und tagesaktuelle Information darüber, wie schlimm die Lage schon ist.

DIE HARTEN ASYL-FAKTEN:

- Österreich ist nach Zypern das **am stärksten vom Asylanstrom betroffene EU-Land**. Pro Kopf werden dreimal so viele Asylanträge gestellt wie in Deutschland und sogar **viermal so viele wie im EU-Durchschnitt**.
- Die illegalen Einwanderer sind fast nur Männer – **94 Prozent** der erwachsenen **Asylantragsteller sind männlich**. Sie kommen vorwiegend aus **Afghanistan, Syrien, Indien, Tunesien oder Pakistan**.
- Mit über **90.000 Personen, die in der Grundversorgung auf unsere Kosten leben**, ist der bisherige Rekordwert aus 2017 bereits übertroffen.

DIE FORDERUNGEN DER FPÖ:

- Asylstopp jetzt! Aussetzen aller Asylanträge auf österreichischem Boden – Österreich hat genug geleistet
- Ermöglichen von „Pushbacks“ – Österreich ist von sicheren Staaten umgeben
- Einführung eines **Strafdelikts „Asylbetrug“** und sofortige Abschiebung von Asylbetrüggern
- Sofortiger Abbruch des Asylverfahrens und **Abschiebung von straffälligen Asylwerbern**
- Wiedereinführung von **Ausreisezentren**
- Schließung von Asylunterkünften** in Kleinen Gemeinden
- Keine Staatsbürgerschaft** für Asylanträge
- Staatszielbestimmung **„Österreich ist kein Einwanderungsland“**
- Echter Grenzschutz mit **Zäunen statt Willkommenskultur**
- Ablehnung des EU-Asyl- und Migrationspaktes**

! POE.AT/ASYLSTOPP-JETZT



HERBERT KICKL
FPO-BUNDESPARTEIOBMANNS

UDO LANDBAUER
FPO-LANDESPARTEIOBMANNS

EINLADUNG ZUM TRADITIONELLEN NEUJAHRSTREFFEN

Samstag, 14. Jänner 2023

Beginn: 10.00 Uhr | Arena Nova
Rudolf-Diesel-Straße 30, Wiener Neustadt

ab 10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“

ab 11.00 Uhr: Rede **Udo Landbauer**, Landesparteiobmann
Rede **Herbert Kickl**, Bundesparteiobmann

Wir freuen uns auf Euer Kommen

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



Politische Bildung aktuell

fbi-politikschule.at

Partei Parlament Publikationen Seminare Veranstaltungen

Handbuch der Kommunalpolitik

Das Handbuch der Kommunalpolitik ist ein Leitfaden für die politische Praxis auf kommunaler Ebene. Es soll Menschen, die sich der Kommunalpolitik verschreiben, dabei helfen, ihre ehren- oder hauptamtlichen Aufgaben möglichst erfolgreich zu erfüllen. In zehn bündigen praxisorientierten, didaktisch aufbereiteten Einzelbänden widmet es sich den großen Themen der Kommunalpolitik.

Band 6: Arbeiten im Gemeinderat

In Band sechs des Handbuchs für Kommunalpolitik geht es um die Arbeit im Gemeinderat und wie man sich als Oppositionspartei positionieren kann. Wie man aktive Kontrolle ausübt, Fehlleistungen der Bürgermeisterei aufdeckt und alternative Lösungswege aufzeigt. Thematisiert wird, wie man sich bestmöglich auf Sitzungen vorbereitet, von der Akteneinsicht bis zum Abstimmungsverhalten, und wie man richtig Anträge stellt – auch Erweiterungs-, Abänderungs- oder Zusatzanträge, wann der Gebrauch des Dringlichkeits- oder gar des Misstrauensantrags sinnvoll ist und was eine Aufsichtsbeschwerde ist. Außerdem wird auf das Arbeiten in den Ausschüssen eingegangen, und hier ganz speziell im Prüfungsausschuss.

Das Handbuch ist von Praktikern für Praktiker geschrieben und zeichnet sich unter anderem durch anwendungsorientierte Checklisten und effektive Tipps aus.



GRATIS zu beziehen über das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI):
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien | Per E-Mail: fbi_buchbestellung@fpoe.at oder telefonisch unter +43 512 35 35 - 39
www.fbi-politikschule.at/publikationen/buecher-und-broschueren
Informationen zu Buchbestellungen und Datenschutz finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at/datenschutz